

20. Februar 1933

Beifüllungs-Blatt

der

Beifüllungs-Blatt

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. ll.

Weltliche Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Diese Woche 550 Milliarden mit
Zutragen, einzelne Nummern 120 Milldn. M.
Gemeinde - Verbands - Girokonto Nummer 3.
Postcheckkonto Dresden 12 548.

**Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde**

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Petitzeile 20 Goldpfennige, Eingesandt und
Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde

Mr. 271

Donnerstag den 22. November 1923

89. Sabre and

Vettisches und Sächsisches.

Dippoldiswalde, 21. November. Zum dritten Male für die bis 1929 währende Pachtperiode mußte die Jagdgenossenschaft B für ihr reichlich 454 Hektar umfassendes Jagdrevier Pachtungstermine ansehen; das erste Mal wegen Ablaufs der Pachtperiode, das zweite Mal wegen Todes des Pächters und jetzt infolge oberbehördlicher Ungültigkeitserklärung der Verpachtung infolge eines Formfehlers. Die Ausschreibung soll nach dem Jagdgesetz, das ja älteren Datums ist, eine bestimmte Frist vor dem Termin ausbilden, also bei uns hier im Rathause. Das war verfehlten unterblieben. Eine deshalb von einem Jagdgenossen beim Rat eingelegte Beschwerde fand dieser nicht beachtlich. Der Rat stellte sich wahrscheinlich auf den zeitgemäßen Standpunkt, daß infolge der Bekanntmachung in der Zeitung der Aushang zwecklos und damit gegenstandslos geworden sei. Nicht so die Kreishauptmannschaft, bei der nunmehr von einem anderen Jagdgenossen Rekurs eingelegt wurde. Diese stellte sich auf den Buchstaben des Gesetzes und erklärte deshalb die Verpachtung für ungültig. So fand denn gestern abend im "Roten Hirsch" ein neuer Termin statt, in dem von den juzzeit 150 Stimmen der Genossenschaft 122 vertreten waren. Jagdvorstand Heise gab eingangs den Grund für den neuverliefenen Verpachtungstermin bekannt, stellte die vorschriftsmäßige Einberufung fest und verlas die Pachtbedingungen, gegen die Einwendungen nicht erhoben wurden. Hieranhaben die Pachtgebote in Hasenwerken zu erfolgen, Nebengebote, z. B. für Wohltätigkeitsanstalten usw., sind unzulässig. Der Hasenpreis wird festgestellt jeweils nach dem ersten nach dem 1. Dezember in den Dresdner Zeitungen bekannt gegebenen Kleinhändels-Hasenpreis bzw. Hasendurchschnittspreis. Gehen Dresdner Preise, gelten die Berliner. Die Festsetzung erfolgt in Goldmark. Die Bezahlung hat im Dezember zu erfolgen. Der Pächter hat als Sicherheit einen Jahrespacht zu hinterlegen. Die Höhe dieser Sicherheit schwankt demnach mit dem Hasenpreise. Das erlegte Wild muß in der Hauptfache in Dippoldiswalde bleiben. Nunmehr erfolgte die Abgabe der Gebote. Es boten Maschinenfabrikant Böhme (hier) 120 Hasen, Hauptmann Prestin (Rittergut Verreuth) 106 Hasen, Kaufmann Herberg (Dresden) 105 Hasen, Gastwirt Schmieder (Malter) 100 Hasen und Kaufmann Johannes Richter (hier) 85 Hasen; letzterem war die Jagd im letzten Termin zugelassen gewesen. Nach kurzer Debatte, die sich lediglich um die beiden Höchstgebote drehte, erfolgte die Abstimmung, und zwar in der Weise, daß jeder Genosse so viele Stimmzettel erhielt bzw. abgab, als er Stimmen hatte. Das Ergebnis war: Prestin 93, Böhme 27, Richter 2 Stimmen. Ersterer war somit als Jagdpächter gewählt und erklärte sich zum Eintritt in das Pachtverhältnis unter den bekannt gegebenen Bedingungen bereit. Wenn die Mehrzahl der Stimmen sich nicht auf das Höchstgebot von 120 Hasen (nebenbei bemerkt, so viele Hasen gibts im ganzen Revier gar nicht) vereinigte, so geschah das, soweit die Aussprache ergab, aus der Erwägung heraus, daß das Minderangebot von 14 Hasen aufgewogen wurde dadurch, daß Pr. als waidgerechter Jäger bekannt, d. aber in dieser Hinsicht ein unbekümmertes Blatt ist. Hätte lechterer sein Angebot vom vorherigen Termin mit 160 Hasen auch diesmal abgegeben, wäre möglicherweise die Entscheidung anders ausgefallen. Als Vorteil des neuen Pachtverhältnisses wurde auch der Umstand erwähnt, daß das verpachtete Revier mit dem Betreuther Rittergutsteier grenzt. Mit der Verlesung der Niederschrift war der geschäftliche Teil der Versammlung erledigt. Der Jagdvorstand schloß mit dem Wunsche, daß das Verhältnis zwischen dem neuen Jagdpächter und der Genossenschaft immer ein gedeihliches und freundliches sein möge. Der Anfang damit wurde noch gestern abend gemacht. Der neue Jagdpächter zeigte sich von einer Seite, die das Verhältnis sogar urgemäßlich und familiär werden ließ. Läuft man sich nicht, dann dürste auch mit dem Rekurs erreicht sein, was eigentlich mit ihm erstrebt wurde. Und so kann man wohl annehmen, daß nunmehr alle Beteiligten von der Lösung der Frage befriedigt sind.

— Seine diesjährige Hauptversammlung hielt der Stenographenverein „Gabelsberger“ am Dienstag abend im Amtshof ab. Trotz der teuren Zelten hatte sich doch eine stattliche Zahl von Mitgliedern eingefunden. Nach einem kurzen allgemeinen Überblick über das vergangene Jahr erstattete der Schriftführer, Girokassenbeamter Schmidt, den Jahresbericht, der in knappen Sägen noch einmal die Arbeiten des vergangenen Jahres vorüberzudenken ließ. Die Berichte der Kursusleiter, Herren Heine, Schönsfeld und Schmidt, ließen das alte Lied und Leid erkennen, daß sich anfangs wohl eine stattliche Zahl Teilnehmer einfinden, daß Fleiß und Lust bei manchem aber rasch vorüber sind; sie konnten aber sämtlich berichten, daß der Stamm in fleißiger Arbeit das gesetzte Ziel erreicht und gute Arbeiten geliefert hat. Der Kassenbericht, von Justizsekretär Schütte erstattet, wies einen durch eine größere Stiftung des Kassierers gleichen Stand in Einnahme und Ausgabe aus. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes ließ die Aemter des Vorsitzenden und stellv. Vorsitzenden an die bisherigen Inhaber Buchdruckereibesitzer Jehne und Verwaltungskreisrat Heine zurückfallen, Schriftführer und stellv. Schriftführer wechselten in ihren Ämtern, erster wurde Verwaltungsassistent Zillmann, letzterer Girokassenbeamter Schmidt. Als Kassierer wurde Assistent Hocke, als Bibliothekar Fräulein Irmgard Heil neu gewählt. Die drei Kurse, ein Anfänger-, ein Fortbildungs- und ein Praktiker-Kursus, werden mit Jahresbeginn ihre Arbeiten wieder aufnehmen; Lehrer sind die Herren Wittig, Schönsfeld und Heine. Nach Durchberatung einiger Anträge, die besonders darauf hinausgingen, die außerordentlichen Mitglieder und Schüler fest an den Verein zu knüpfen, wurden die Steuern für die nächste Zeit auf monatlich 10 Goldpfennige (im Lehrverhältnis Stehende 5 Goldpfennige) festgesetzt und nach dreistündiger Dauer die Hauptversammlung mit den besten Wünschen fürs neue Vereinsjahr geschlossen. — Da es dieses Jahr nahezu unmöglich ist, wie in früheren Jahren ein Stiftungsfest abzuhalten, fand die Preisverteilung über die Wettschreiben im Anschluß an die Hauptversammlung statt. Die Preis-Schreiben fanden in den einzelnen Kursen am 29. Oktober bzw. 2. November statt. Lehrer Höpke und Oberlehrer Bichel unterjogen sich in liebenswürdigster Weise des Preisrichteramtes. Im Gedächtniskursus konnte ein 1. Preis Fräulein Irmgard Heil erkannt werden, die eine sehr gute Arbeit abgegeben hatte. Eine um einen Punkt bessere Arbeit hatte außer Wettsbewerb Verwaltungsassistent Schönsfeld geliefert. Im Fortbildungskursus

waren fünf Arbeiten abgegeben worden. Einen 1. Preis erhielt Fräulein Doris Schmidt, einen 2. Fräulein Herta Schulze. Der Anfängerkursus, dessen Aufgabe in einem Schön- und Richtig-schreiben bestand, hatte 18 Preisbewerber. Als beste Arbeit wurden zwei gleichwertige Arbeiten abgeliefert, sodass ein 1. Preis Fräulein Hellz und Fräulein Martel Zimmermann, ein zweiter Preis Mag. Seidel zuverkennnt werden konnte. Als Preise konnten sämtlichen Preisträgern gute Bücher ausgehändigt werden. Es geschah dies mit herzlichen Beglückwünschungsworten, gleichzeitig auch mit der Bitte um weiteren Fleiß und Eifer aller Kursus-besucher.

— Herrliches Wetter war uns am gestrigen Bußtag beschieden und ließ uns noch einmal durch Feld und Wald wandern, ehe uns das Winterwetter an die Stube fesselt. Der rauhe Wind, der sich in den Straßen fühlbar mache, war im Freien nicht zu merken, da schien die Sonne so warm, da war kein Zug. Und im Walde war es so heimlich und warm, daß wohl viele bedauerten, als sie heimwandern mußten, wobei ihnen dann der ziemlich volle Mond leuchtete. — In der vergangenen Nacht sank das Thermometer auf -3° .

— Verschiedenlich sind Zweifel laut geworden, ob infolge der Zugseinschränkungen der 9-Uhr-Zug noch verkehrt. Die Eisenbahnstrecke Hainsberg—Kipsdorf ist bisher von Zugseinschränkungen nicht betroffen worden, es verkehren noch sämtliche im Fahrplan verzeichnete Personenzüge, also auch der 9-Uhr-Zug, und werden hoffentlich uns auch bleiben. Sollte wirklich eine Einschränkung nötig werden, dann wäre es, das möchten wir schon jetzt betonen, besser, einen völlig neuen Fahrplan aufzustellen, denn die Pausen zwischen den einzelnen Zügen machen kaum ein Inter-

zwischen den einzelnen Jügen werden sonst zu lang.
— Nach den Preisfeststellungen vom 19. 11. 23 sind vom Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913 = 1) berechnet worden: Gesamtkindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) = 888 Milliarden. Gesamtkindex ohne Bekleidung = 804 Milliarden. Am 12. 11. 23 betrug der Gesamtkindex mit Bekleidungskosten 204 und ohne Bekleidungskosten 202 Milliarden. Vom 12. bis 19. 11. sind mithin die Preise der bei der Teuerungsstatistik berücksichtigten Güter um 335,3 bzw. 337,8 v. H. gestiegen. Die bisher vom Sächsischen Arbeitsministerium veröffentlichte „Punktzahl“ (Stelzerungszahl gegenüber Januar 1922 = 1) beträgt für den 19. 11. 1923 17 Milliarden.

— Seitens der staatlichen Elektrizitätswerke waren die Vertreter der Presse am Montag nachmittags zu einer Besichtigung des Hauptumspannwerkes Dresden-Süd eingeladen worden. In länger als anderthalbstündiger Wanderung durch das Werk, zu dem im Jahre 1919 der Grundstein gelegt wurde und das in knapp 3 Jahren entstand, wurde Gelegenheit gegeben, sich zu überzeugen, daß dieser Teil der staatlichen Betriebe zu einer Art Musterwerk ausgestaltet ist, das allen Betriebs- usw. - Forderungen gerecht werden kann. Das Hauptumspannwerk Dresden-Süd nimmt den Strom der 100 000 - Volt - Leitungen der staatlichen Zentralwerke Hirschfelde und Lauta auf, um sie für industrielle und private Benützung umzuformen und in die Städte und Orte des Bezirks abzugeben. Alles in allem: man nahm die Überzeugung mit nach Hause, daß die staatlichen Elektrizitätswerke aus kleinen Anfängen zu einem Betriebe angewachsen sind, die nach Größe und Voltzahl nur von amerikanischen Betrieben (Niagarawerke usw.) übertroffen werden. Das Netz ihrer Leitungen überspannt heute schon einen Teil unseres Vaterlandes, das sich vom Berlin im Norden, Görlitz im Osten, Leipzig im Westen und bis tief in die Tschechoslowakei im Süden ausgedehnt.

— Von einer Dresdner Korrespondenz ist eine Meldung verbreitet worden, wonach in Sachsen 7773 Beamte vom Beamtenabbau betroffen werden sollen. Von amtlicher Seite wird dazu mitgeteilt, daß diese Meldung jeglicher Grundlage entbeht. Die Regierung beabsichtigt, die Angelegenheit durch ein besonderes Gesetz zu regeln, dessen Vorbereitungen sich aber noch im Anfangsstadium befinden. Beschlüsse über den Abbau sind von der Regierung noch nicht gefaßt worden. Das genannte Zahlenmaterial, auf das sich die Angaben jener Poliz stützen, ist unzulänglich, da für Sachsen ganz andere Verhältnisse zu berücksichtigen sind, wie beim Beamtenabbau im Reiche, so z. B. auf dem Gebiete der Polizeiverwaltung, der Forstverwaltung und der staatlichen Betriebe. Die betreffende Quelle hat sich die Sache sehr leicht gemacht und die im Haushalt verzeichnete Beamtenzahl durch vier geteilt und analog dem 25prozentigen Beamtenabbau im Reiche auf die gleichen Verhältnisse in Sachsen geschlossen.

— Das Wehrkreiskommando stellt mit: Das Wehrkreiskommando hat bereits am 17. 11. 23 bekannt gegeben, daß die sächsische Staatspolizei auf überparteiliche Grundlage gestellt wird. — Im Zusammenhang damit sind unter Berücksichtigung ihrer Anschauung und bisherigen Verläßlichkeit folgende Beamte und Polizeioffiziere des Polizeipräsidiums Dresden bis auf weiteres ihrer Dienststellen enthoben worden: Polizeipräsident Menke, Polizeimajor Antetsch, Polizeihauptmann Schneidenbach, Polizeihauptmann Reitzel, Polizeihauptmann Hoffer und Polizeikommissar Schmidt. Ebenso sind 3 Regierungskommissare von der Landeszentrale für Nachrichtenwesen bzw. von der Bezirksnachrichtenstelle Dresden, sowie 10 Regierungsräte von einzelnen Bezirks-

Nach einer aus Leipzig eingegangenen Meldung hat der Justizminister Neu, ein Genosse des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner, die Untersuchung gegen den Legitigmierten dem die Sache bisher bearbeitenden Staatsanwalt Kiedler abgenommen und den Oberstaatsanwalt Schlegel mit der Fortführung der Untersuchung beauftragt. Die dadurch erwachte Vermutung, daß eine Verschleierung des Verfahrens beobachtigt sein könnte, wird von dem Justizminister einem Vertreter der CDU gegenüber wie folgt widerlegt: Die Untersuchung ist bei der Wichtigkeit und Bedeutung der gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner erhobenen Beschuldigungen allerdings dem die Angelegenheit bisher bearbeitenden Staatsanwalt abgenommen und dem tüchtigsten und klügsten Staatsanwalt, und das ist der Oberstaatsanwalt. Übertragen worden. (Nach unseren Erkundigungen ist Oberstaatsanwalt Schlegel politisch nicht organisiert, jedenfalls ist er kein Genosse Zeigners und auch nicht etwa von diesem für sein Amt berufen worden. D. Red.) Der Justizminister habe fort, er habe das unzulässige

teresse, daß die Angelegenheit ohne jede Rücksicht auf die Person des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner durchgeführt werde. Restlose Aufklärung des Falles und bei Schuldbefund die entsprechende Bestrafung könne nur im Interesse des Justizministeriums liegen, das ganz objektiv und unbeeinflußt die amtlichen Maßnahmen treffe, um die sächsische Justiz vor einem Skandal zu bewahren. Über die bisher nicht erfolgte Verhaftung des ehemaligen Ministerpräsidenten befragt, erklärte der Justizminister, daß die Strafprozeßordnung allerdings bei jedem Verbrechen Fluchtverdacht als gegeben anschehe und Verhaftung vorschreibe. Das sei früher Schema gewesen, in letzter Zeit jedoch seien diese Vorschriften wesentlich milder in Anwendung gebracht worden. Sache des Oberstaatsanwalts sei es, nach dem Ergebnis der Untersuchung gegebenenfalls einen Haftbefehl zu beantragen, das Justizministerium werde im allgemeinen in die Angelegenheit nicht weiter eingreifen. — Wie Telunion später aus Dresden erfährt, ist die Verhaftung in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch auf Veranlassung des Oberstaatsanwalts erfolgt.

Breitenthal Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag in Döhlen. Ein mit Kohlenschlamm beladener Handwagen konnte auf dem abschüssigen Wege an der Schlammhalde von dem die Delphes führenden Knaben nicht mehr gehalten werden. Der Junge stürzte hin, und der vollbeladene Handwagen ging ihm über beide Beine, diesen schwere Verlebungen zufügend.

Bauhen. Der 38jährige Fabrikarbeiter Otto Paul Mehnert hatte sich vor dem Schwurgerichte wegen des Verdachts, seine im Juni d. J. geborene Tochter ermordet zu haben, zu verantworten. Die Verhandlung nahm eine unerwartete Wendung. Der Vertreter der Anklage stellte den Antrag, Frau Mehnert sofort in Haft zu nehmen, weil sie dringend verdächtig erscheine, entweder allein, oder gemeinschaftlich mit ihrem Ehemann ihr Kind vorzüglich und mit Ueberlegung umgebracht zu haben. Frau Mehnert wurde verhaftet und die Verhandlung auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.

Oberwartha. Durch das Entkommen der hiesigen Landwirte und des Bäckers ist es ermöglicht, daß den in der Gemeinde ansässigen Klein- und Sozialrentnern, Invaliden, unbedienten Pensionären, Erwerbslosen und Kurarbeitern wöchentlich je ein Vierpfundbrot zu erheblich verbilligtem Preise verteilt werden kann. Ferner haben die Landwirte in der Gemeinde sich bereit erklärt, die für die Beheizung der Schule des Ortes von Weihnachten bis Ostern erforderlichen Brennmaterialien unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, damit der Unterricht in der Schule und der Fortbildungsschule für Mädchen in vollem Umfange durchgeführt werden kann.

Leipzig. Durch die Polizei ist hier eine Genossenschaft kleiner Diebe ermittelt worden. Es sind dies zwei Mädchen und zwei Knaben, Kinder zweier am Dößener Weg wohnenden Familien. Die Kinder suchten stark besuchte Geschäfte in der Windmühlenstraße und in der Markthallenstraße auf und stahlen dort den Kunden aus ihren Taschen Brieftaschen und Geld. Sieben bis acht Fälle gaben sie zu. Das Geld wurde geteilt und in Rösschereien angelegt.

Gaußau Hier fand unter dem Protektorat der Gräfin von Schönburg-Glauchau ein Opferfest statt. Bisher wurden durch Sammlungen rund 500 Billionen Mark aufgebracht, die bereits werbestedig, teils in Waren, teils in werbestedigem Gelde angelegt sind. Außerdem wurden noch 500 Zentner Kohlen und 400 Zentner Kartoffeln eingesammelt, ferner volle Kisten mit Margarine und anderen Lebensmitteln, die einen Wert von vielen hunderten von Billionen darstellen.

Lugau. Schwer verletzt wurde durch ein ausschlagendes Pferd ein Knabe in Oberlugau. Er hatte trotz Warnung daß Tiere am Hinterschenkel streicheln wollen und erhielt dabei einen solch wuchtigen Schlag ins Gesicht, daß er schwer verletzt in das Krankenhaus gebracht werden mußte.
Annaberg. Der Schornsteinsegergehilfe Lippmann wurde vom Schöfseggericht zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einer Erwerbslosenversammlung vor dem Rathause hegte er die Menge zum Sturm und zum Eindringen ins Rathaus. Es schwerer fällt ins Gewicht, daß Lippmann seine sichere Arbeits- und Professio-

Annaberg. Eine Verhaftung mit Hindernissen mussten zwei Polizeibeamte vornehmen. Sie hielten ein Geschirr an, das ohne Beleuchtung fuhr und, wie sich herausstellte, von einer Schankstätte widerrechtlich weggefahren worden war. Der Rosselenker, ein Tscheche aus Weipert, leistete durch Schlagen und Stoßen bei seiner Säffierung Widerstand, in dessen Verlauf ein Beamter zu Boden stürzte und eine Gehirnerschütterung erlitt. Zwei Vorübergehende, die um Unterstützung gebeten wurden, lehnten die Hilfe ab.
Siegburg. Die Bewohner des Tierschutzvereins, die am 11.

Kirchberg. Die Bauarbeiter der Firma Wöhl, die am 15.11. in den Streik getreten waren, haben am 17. die Arbeit wieder aufgenommen. 50 Personen blieben ausgesperrt. Den Anlaß zum Streik gab die Forderung auf Nachzahlung von 5 Millionen M., die die Firma abgelehnt hatte. Ein Vermittlungsversuch der Gewerkschaften war von den unter kommunistischem Einfluß stehenden Streikenden abgelehnt worden.

Plauen i. V. Der Verschönerungs- und Gemeinnützige Verein Jockela macht folgendes bekannt: Unser Verein hat stets größte Anstrengungen gemacht, Wanderern und Sommerfrischlern die Schönheiten des Erzgebirgs und Sächsischen Gebirges

Schönheiten des Trieb- und Elstertales zu erschließen. Rohe Jagdzerstörungswut und sich immer wiederholende Diebstähle machen jede Arbeit zuschanden. Der Verein ist infolgedessen nicht mehr in der Lage, seiner Aufgabe gerecht zu werden. Er muss zu seinem Leidwesen Wege, Geländer, Bänke und Wegweiser versalten lassen. Fußwege, die ohne Schuhvorrichtungen nur unter Gefahr zu begehen sind, müssen eingezogen werden, bis gemeinnützige Einrichtungen von der Allgemeinheit wieder pfleglicher behandelt werden.

Gesamtausgabe

* Wahrspruch: Es mag ein Staatsmann vieles sagen
Was richtig, klug und weise ist,
Doch bleibt die wichtigste der Fragen,
Die keiner ungestraft vergibt,
Bei jedem Volk zuletzt der Magen.

Papiermark — Rentenmark — und dann?

(Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter.)

Selt einigen Tagen ist die Rentenmark im Verkehr aufgetaucht. Zögernd zwar noch und vereinzelt, viel zu langsam für die Ungebußt des durch die Papiermarkinflation ausgeworfenen Volkes, und von vielen mit Misstrauen begrüßt. Man hatte sich den Übergang anders vorgestellt. Man hatte ihn früher erwartet, und man hatte geglaubt, wenn die Rentenmark einmal sei, würde die Papiermark und das Bangen um den Dollar-Kurs über Nacht beseitigt sein. Vielleicht ist es gut gewesen, daß man so lange gezögert hat, vielleicht sind Schäden durch die Verzögerung entstanden, die die Rentenmark nicht mehr gut machen kann. Wie dem auch sei, nun ist die Rentenmark da, und man sollte einen Strich unter das Gewebe senne machen und alle Kräfte und alle Erfahrungen aus der bitteren Zeit des Nullenrausches und der Papiermarkherrschaft darauf konzentrieren, der Rentenmark Lebenskraft zu geben. Man wird viel Kraft dazu gebrauchen, denn sicher ist von dem, was notwendig ist, um die Rentenmark zu einer stabilen Währung zu gestalten und um einen dauernden Wert des neuen Geldes zu behaupten, erst das allerwenigste geschehen.

Noch steigt das Defizit des Reiches von Tag zu Tag. Noch hat die Reichsbahn abermals gewaltige, von Tag zu Tag steigende Fehlstriche trog der Goldmarktarife zu verzeichnen, und mußte sogar im Auslande Kredit aufnehmen und Bergwerksbesitz verpachten, um ihre Kosten bezahlen zu können. Noch steht die Rotenpresse nicht. Wär werden keine neuen Schlagzeilen mehr distontiert, aber immer noch ist die Reichsbahn und ein nicht unbedeutender Teil der Papiergelddruckereien beschäftigt, um die bisherigen Diskontierung zu erledigen. Noch ist der feste Umwechselungskurs von Papiermark in Rentenmark nicht bekanntgegeben, und zwar, wie halbamtlich verlautbart wurde, weil sich noch nicht abschätzen läßt, wie hoch der endgültige Papiermarkumlauf sein wird. Schon aber sind dreihundert Millionen Rentenmark von dem Reichskredit bei der Rentenbank in Anspruch genommen. Noch steht der Dollar-Kurs in Berlin unter dem Kurse, der sich nach der ausländischen Bewertung der Papiermark ergibt, und noch herrscht demzufolge in der Preisbildung ein wildes Chaos. Die Folgen aller der Maßnahmen, die unabdinglich notwendig sind, um nunmehr wirklich in allerstärkster Frist die Ausgaben des Staates ganz gewaltig zu verringern und gleichzeitig die Einnahmen zu steigern, um die Erzeugung der Privatwirtschaft zu steigern und gleichzeitig durch Verbilligung des Erzeugungsganges uns wettbewerbsfähig zu machen und eine Steigerung der Ausfuhr zu ermöglichen, werden sich erst in den nächsten Wochen zeigen. Schon stehen bei uns die Preise fast durchweg auf einem mehrfachen der Vorkriegsgoldpreise, schon steigen die Arbeitslosenziffern zu geradezu ungeheuerlichen Prozentsätzen der Bevölkerung.

Es verloht sich in solcher Situation, die Erfahrungen der Länder vor Augen zu halten, die nach ähnlichen Rötten die gleichen Sanierungsversuche durchgemacht haben wie wir. In Österreich, der Tschechoslowakei und Rußland haben wir in den letzten zwei Jahren die gleichen Versuche zur Schaffung einer neuen Währung oder zur Stützung einer Währung gleichzeitig von der Wirtschafts- und von der Geldseite her beobachten können. Diejenigen, die bei uns immer noch glauben, auf dem Weg der Kompromisse und der Interessenpolitik jeder Branche und jeder Interessengruppe eine Währungsanierung durchzuführen zu können, sollten aus dem Beispiel dieser Länder lernen. In allen Fällen ist die Zeit des Infrastruktretens einer neuen Währung eine Zeit allerstärkster Arbeitslosigkeit gewesen, eine Zeit, in der man sich trog dieses Elends der Arbeiterschaft zu sehr harten und unsozialen Maßnahmen entschließen mußte, dadurch, daß man rücksichtslos zur Verbilligung der Verwaltung und der Erzeugung weitere Massen der Arbeitslosigkeit anheimfallen ließ. Die Schließung großer Werke, die Stilllegung ganzer Branchen in Böhmen wie in Rußland und der gewaltige Beamtenabbau in Österreich, alle mit der größten Schärfe durchgeführt, sind wesentliche und unentbehrliche Bestandteile dieser Währungspolitik gewesen. Alle diese Länder sind aber auch in der Zeit der Währungsanierung Länder gewesen, deren Preise weit über den Weltmarkt preisen liegen. Das eine also wissen wir sicher, daß das Gelingen des Planes, den die Rentenmark vorläufig für uns repräsentiert, uns zunächst eine neue Krisezeit bringen wird, die an Entbehrung und Verarmung noch weit über dem alten steht, was wir in den letzten Monaten erdulden mußten. Es liegt an uns selbst, ob diese Krise schärfer sich auswirken wird, als sie es unbedingt muß. Wenn wir beispielsweise so wirtschaften wie augenblicklich, so genügt der gesamte dem Reich aus Mitteln der Rentenbank zugebilligte Kredit gerade für drei Monate, und wir stehen nach drei Monaten vor der Frage, die Rentenmark den gleichen Weg gehen zu lassen, den die Papiermark ging. Die Rentenmark selbst aber ist nur ein Unsang. Sie ist nicht für den Verkehr mit dem Auslande bestimmt, und sie kann es gar nicht sein, weil das die Verpfändung deutschen Privatbesitzes an das Ausland und die Schaffung einer übernden Zinslast zugunsten des Auslandes bedeuten würde, während im Innern neuer Zahlungsmittelmangel droht. Für den Verkehr mit dem Auslande muß die Goldnote kommen, die in überhaupt nicht anzweifelbarer Form in barem Gold und Devisen gedeckt und einklösbar ist, und diese Goldnote muß bald kommen. Daß sie möglich ist, haben Bremen, Hamburg und Baden bewiesen, die in Devisen gedecktes und einklösbares wertbeständiges Geld schufen und denen dadurch in

kurzer Zeit erhebliche Devisenbeträge zugestossen sind. Zugleich, wenn es gelungen ist, den deutschen Staat und die deutsche Wirtschaft zu balancieren, muß diese Goldnote ja auch die Rentenmark ablösen.

G. M.

Anhörung der deutschen Vertreter am Freitag.

Die Vertreter der deutschen Regierung werden am Freitag dieser Woche die in der Note vom 24. Oktober in Aussicht gestellten Erklärungen über die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage vor der Reparationskommission in Paris abgeben.

Vor der Entscheidung.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

Im Parlament herrscht seit Dienstag früh allgemein die Meinung, daß die Lage des Kabinetts Stresemann außerordentlich kritisch geworden sei. Zunächst hat nämlich die Sozialdemokratie beschlossen, ein eigenes Misstrauensvotum gegen das Kabinett einzubringen. Im Mittelpunkt dieses Misstrauensvotums wird voraussichtlich die von der Reichsregierung bekanntlich bisher abgelehnte sozialdemokratische Forderung nach Aufhebung des militärischen Zusatzstandes im Reich stehen. Insbesondere sieht sich die Sozialdemokratie, wie es heißt, auch durch die aus dem Ausnahmezustand erwachsene Situation in Sachsen und Thüringen zu einer oppositionellen Haltung veranlaßt. Ebenso gibt die Haltung der Reichsregierung in der bayerischen Frage den Sozialdemokraten Anlaß zum Widerspruch.

Vor Beginn der entscheidungspoliten Plenarsitzung am Dienstag herrschte in den Wandelgängen bereits lebhafte Unterhandlung zwischen den einzelnen parlamentarischen Gruppen. Die Fraktionen der Deutschen Nationalen, der Volkspartei und der Demokraten waren zu Sitzungen zusammengetreten.

Die Deutschen Nationalen traten vormittags zu einer von beiden Fraktionen der Parlamente besuchten Sitzung zusammen, in der die Entschlossenheit zum Ausdruck kam, eine Klärung der politischen Situation mit allen Mitteln zu erzwingen. Wie die Maßnahmen im einzelnen beschaffen sein werden, läßt sich vorläufig noch nicht sagen, dagegen dürfte wohl kein Bedenken bestehen, daß das Misstrauensvotum der Sozialdemokratie, wie es auch aussehen möge, zu unterstützen.

Streik und Plünderungen im Waldenburg Gebiet.

Die Revierkonferenz des niederschlesischen Steinkohlenbezirks hat den Schiedspruch des Reichsministers über die Lohnregelung mit 259 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Ein wilder Streik der Bergarbeiter der beiden Gruben des Rodenbacher Reviers, der bereits am Donnerstag ausbrach, hat sich am Freitag weiter ausgebreitet und zeigt Anzeichen, den ganzen Waldenburg-Bezirk zu ergreifen. Auch Dienstag früh sind die Belegschaften nicht angefahren. Die Rostadt arbeiten werden verrichtet. Wie in einer am Sonnabend abgehaltenen Konferenz der Betriebsräte mitgeteilt wurde, wird der Streik nur auf einzelnen Zeichen anlagen von den Organisationen geleitet.

In der Nähe von Gottesberg ist es auf dem Lande zu schweren Plünderungen gekommen. Ein Trupp von 200 halbwüchsigen Burschen aus Waldenburg plünderte einige Dörfer planmäßig aus. Jedes Gehöft wurde heimgesucht. Schuhpolizei aus Liegnitz stellte am Abend die Ordnung wieder her. In Waldenburg und Alt-Dessau entstanden wiederholt Zusammenstöße, die die Polizei auseinandentreten mußte. Eine große Anzahl von Personen wurde festgenommen.

Gelegentlich einer Protestkundgebung Erwerbsloser kam es auch in Neusalz zu großen Tumulten, die es notwendig machten, Schuhpolizei aus Grünberg und Glogau herbeizurufen. Die Menge schlug mehrfach die Fensterscheiben der Fleischerläden ein und raubte die ausgelegten Waren. Dann kamen Konfektionshäuser an die Reihe, später auch Gastwirtschaften und Modemärkte. Die Ortspolizei war machtlos. Als Schupo in Lastautos erschienen waren, mußte sie, um die Menge zurückzudrängen und die Straßen räumen zu können, zunächst Schreckschüsse mit einem Maschinengewehr abfeuern. Als das nichts nützte, waren die Beamten Handgranaten, durch die nach den bisherigen Feststellungen sieben Personen verletzt wurden. Ein starkes Kommando der Schuhpolizei ist jetzt in Neusalz stationiert; man rechnet auch mit dem Eintreffen von Reichswehr.

Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Frachtführung für Haushaltshilfe. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Haushaltshilfe zu erleichtern, hat der Reichsverkehrsminister, auf Beschuß des Reichskabinetts, sich bereit erklärt, die Frachten für Haushaltshilfe mit 25 Prozent für die Höchstdauer eines Monats, längstens bis 31. Dezember d. J., auf Goldbasis zu runden. Anträge sind an die Reichsbahndirektionen zu richten, die entsprechend angewiesen sind.

Kompromiß-Beschluß der Botschafter-Konferenz.

Die Botschafterkonferenz hat zwei Sitzungen abgehalten, in denen sie programmatisch über die Wieder-

aufnahme der Militärlkontrolle in Deutschland und der Wiederkehr des deutschen Kronprinzen beriet, ohne daß es ihr gelungen wäre, zu einer Entscheidung zu gelangen. Es soll aber eine Kompromißformel gefunden werden sein, die allerdings noch der Zustimmung aus London bedarf. Sie lautete ungefähr:

Die Verbündeten richten in der Kronprinzen-Frage an Deutschland ein Schreiben, in dem der Gedanke ausgesprochen wird, seine Unwesenheit bedeute eine Gefahr für den Frieden. Sie drohen nicht mit „Sanktionen“ und verlangen auch nicht direkt die Auslieferung des Kronprinzen oder dessen Verbanlung. In einem zweiten Schreiben verlangen die Alliierten von Deutschland unter gewissen, noch genau anzugebenden Bedingungen die sofortige Wiederaufnahme der Militärlkontrolle. Aber auch hier werden keine Gewaltmaßnahmen angedroht, dafür aber eine umgehende Antwort Deutschlands verlangt. Außerdem behalten sich die Verbündeten bei einer nichtbefriedigenden Antwort der Reichsregierung vor, später weitere Beschlüsse zu fassen.

Diese Formel wurde vom englischen Botschafter seiner Regierung telefonisch weitergegeben und dabei von diesem in London angefragt, ob Baldwin die ins Auge gefassten Entschlüsse annehmen wolle. Man erwartet in Paris bestimmt, daß die Einigung zustande kommt.

Reichsbankpräsident Havenstein †.

Der Reichsbankpräsident Havenstein ist in der Nacht zum Dienstag in einem Herzschlag erlegen. Havenstein war vor einigen Tagen an der Grippe erkrankt.

Ezellenz Havenstein, der Sohn eines Juristen, hatte sich in seiner Jugend gleichfalls dem juristischen Studium gewidmet. Im Jahre 1875 war er zum Referendar ernannt worden und war in den Jahren 1887 bis 1890 als Amtsrichter in Arnswalde tätig. Im Anschluß hieran wurde er als Geh. Finanzrat und vortragender Rat in das Finanzministerium berufen. Im April 1896 erfolgte seine Ernennung zum Geh. Oberfinanzrat, und am 31. März wurde er zum Präsidenten der Seehandlung, der nunmehrigen Preußischen Staatskasse, delegiert. Das Jahr 1908 sah ihn dann an der Spitze der Reichsbank, die er somit 15 Jahre ununterbrochen geleitet hat.

Die Nachricht von dem plötzlichen Ableben dieses Mannes wird bei allen denen, die ihn näher kannten und seine hervorragenden Charaktereigenschaften zu schätzen wußten, tiefe Traurigkeit hervorrufen. Aber auch wohl selten hat die Kritik so scharf wie bei dem Verstorbenen eingesehnt. Zur Würdigung seiner Tätigkeit ist daran zu erinnern, daß diese drei Stadien, nämlich die Friedens-, die Kriegs- und Nachkriegszeit durchlaufen hat. Die an sein Können und seine Fähigkeit gestellten Ansprüche und Anforderungen waren in allen drei äußerordentlich grob, und es war nicht zu erkennen, daß Havenstein, dem der Ruf eines klugen finanzpolitischen Kopfes vorausging, sich ihnen mit ungewöhnlichem Eifer widmete und sie zu meistern suchte.

Ludendorff als Ankläger Lossows.

Von einer von General Ludendorff autorisierten Seite erhält die L. U. folgende Zuschrift: „Die Münchener Berichte schweigen sich darüber aus, daß schon im Oktober General von Lossow die Verbindung mit General Ludendorff aufgenommen hat, weil er glaubte, dessen Namen bei einem Konflikt mit Berlin notwendig zu haben. Am 7. November war Lossow bei Ludendorff und sprach ganz bestimmt aus, daß er, Kahrt und Seisser zum Schlaganfang entschlossen wären. Das gleiche wiederholten die drei Herren am Donnerstag nachmittag 4 Uhr. Es fehlten ihnen nur noch einige Herren aus dem Norden“. Auch anderen Herren gegenüber hat sich General von Lossow in genau gleicher Sinne geäußert. Die Namen dieser Herren können genannt werden, wie z. B. Graf Hellendorf-Wolmirstedt. Diese Begriffe müssen bekannt sein, um zu verstehen, daß General Ludendorff den handelnd Kahrs, Lossow und Seisser im Bürgerbräukeller als wahrhaftig ansah.

Deutscher Reichstag.

(391. Sitzung.) Berlin, 20. November.

Bei Beginn der Sitzung war das Haus nicht so stark besetzt wie sonst in frischen Tagen. Nur die Tribünen waren voll besetzt. Zunächst widmete der Präsident nach Eröffnung dem verstorbenen Reichsbankpräsidenten Dr. Havenstein und dem Zentrumsabgeordneten Höner kurze ernste Nachrufe, bei denen sich die Abgeordneten von den Plätzen erhoben. Dann machte er Mitteilung über die Verhastung und

Verschleppung des Zentrumsabgeordneten Dr. Raas durch die Separatisten und teilte mit, daß der deutsche Protest gegen die Gewalttat von der französischen Verfassungsbehörde nicht beantwortet worden ist. Dann muhten gemäß der Tagesordnung zunächst einige kleinere Gegenstände, betreffend auswärtige Verträge und wirtschaftliche Fragen, erledigt werden, ehe man in die politische Aussprache eintreten konnte.

Bei dieser beantragte zunächst der Kommunist Rovenec, daß, entgegen den getroffenen Abmachungen, der Reichsfinanzrat unbedingt als erster Redner über seine Politik Reichschaft ablegen solle. Ein Beratungsantrag der Kommunisten wurde jedoch abgelehnt.

Rumehrt ergriff als erster Redner in der politischen Aussprache der sozialdemokratischen Abgeordnete Weiss das Wort und bedauerte auch seinerseits, daß die Regierung nicht mit einer eigenen Erklärung die Debatte eingeleitet habe. Er wies darauf hin, daß es sich jetzt im Vergleich

die letzten Reichstagssitzung um eine neue Regierung zu wünschen, denn inzwischen sind die Sozialdemokraten aus dem Kabinett ausgetreten. Das Untertauchen dieser Programmklärung müsse als ein Mangel an Kraftgefühl der Regierung ausgelegt werden. In der jetzigen trüben Lage hätten die Freunde der deutschen Republik ihren Schutzhengel im Völkern. Dann dankte der Redner der englischen Arbeiterpartei für ihre Aufforderung, in welcher die französische Politik verurteilt wurde. Wir wenden uns deshalb gegen eine Politik der bürgerlichen Sonderinteressen, die mit einer

vorübergehenden Preisgabe des besetzten Gebiete

spielt, und wünschen den Grundsatz der einheitlichen Reichsgewalt auch über Bayern. Gegenüber der Verhandlung des Herrn von Kahr und seiner Spieghesellen in Bayern spielte der Reichskanzler die Rolle des hilflosen Zuschauers. Wir fragen den Reichskanzler: "Haben Sie republikanischen Arbeitern und reichstreuen Bürgern Bayerns keinen Anspruch auf den Schutz des Reiches?" Niemals ist die Schwäche der Regierung und ihr mangelnder guter Willen so klar hervorgetreten als in der schwäbischen Politik gegenüber den Versetzungsbüchern des Herrn von Kahr. Der jetzige Belagerungszustand ist eine Schande für Deutschland.

Wir können einer Regierung das Vertrauen nicht geben, die diese Entwicklung der Dinge zu verantworten hat. Der Reichskanzler trägt auch für das verfassungswidrige Vorgehen des Reichskommissars Dr. Heinze gegen die östliche Regierung die Verantwortung. Die Lösung der Währungsfrage darf nicht auf Kosten der Arbeiterschaft erfolgen. Wir verteidigen uns gegen das anmaßende Auftreten des Verwaltungsrates der Rentenbank. Dieser hat politische Forderungen aufgestellt. Der Reichskanzler und der Finanzminister haben die Rentenbank als eine Art oberste Kontrollbehörde anerkannt. Das verstößt gegen die Verfassung. Wir warnen vor einer verdeckten Preisgabe des Rhein- und Ruhrgebietes. Die Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Bevölkerungsbehörden vollziehen sich leider im Halbdunkel ohne Kontrolle. Der Reichskanzler bricht das Reichsrecht, wenn er die Zahlung der Gewerbeabgabenunterstützung für das Rheinland ablehnt. Wir wenden uns gegen die von den Deutschen nationalen vertretene Idee eines kleineren Deutschland und wollen gegen die Reichsverwerber für ein einheitliches freies Deutschland kämpfen.

Abg. Dr. Hergt (Deutschland). Wir bedauern außerordentlich, daß der Reichskanzler nicht diese Versprechungen mit einer Rede eingeleitet hat, in der er für sein neues Kabinett die Vertrauensfrage stellte. Das Kabinett ist nicht einmal vollständig. Der Kanzler hat sich in dem Rechte des Ermächtigungsgesetzes selbst gefangen. Er hat sein Amt als Kanzler der großen Koalition angetreten.

Das Kartenhaus der großen Koalition ist gesunken, und nun muß der Reichskanzler nach.

Das Kabinett hat nur Miserfolge gehabt, man kann zu ihm kein Vertrauen haben. Ein völliger Kurswechsel ist erforderlich. Es mußte längst dafür gesorgt werden, daß die Sozialdemokraten so wie im Reiche auch in Sachsen und in Thüringen verschwinden. Die marxistischen Hemmungen haben den Reichskanzler dazu bestimmt, aus seinem Aufrufe zur Sammlung die Deutschen nationalen auszuschließen. Die Sozialdemokraten stehen nach ihrem Ausstieg aus dem Kabinett aber nicht a. D., sondern z. D. Schon diese nicht beseitigten marxistischen Einflüsse nötigen uns zum

Mittrauen gegen das jetzige Kabinett.

In der Frage des Achtstundentages hat die Regierung zwar Ansätze zur Tat gemacht, aber sie hat nichts aus-

reisen lassen, und so stehen wir nach dem Ablauf der Demobilisierungsverordnungen vor einem leeren Raum. In der Währungsfrage vermissen wir die einheitliche Linie. Zum Währungskommissar ist ein ausgesprochener Feind der neuen Rentenmark bestellt worden. Die Verhandlung der Frage des besetzten Gebietes hat die Regierung von Vilshofen zu Vilshofen geführt. Dieselbe Partei, die beim Abbruch des passiven Widerstandes die Zahlungseinstellung für das besetzte Gebiet verlangte, nimmt jetzt den entgegengesetzten Standpunkt ein. Das ist nicht logisch. Wir haben damals den Abbruch aller Verhandlungen mit Frankreich gefordert. Die Regierung hat anders gehandelt. Die hat den deutschen Stellen im Ruhrgebiet ständig wechselnde Direktive gegeben. Wir verlangen vom Reichskanzler eine

unzweideutige Erklärung über die geplante Politik im besetzten Gebiet.

Wir sind auch für Verhandlungen, aber nicht mit Frankreich allein, sondern mit allen Alliierten. Frankreichs Politik wird sich ändern, wenn Deutschlands Politik endlich einmal den Charakter der Schwäche verliert. Eine Rechtsregierung, wie wir sie uns denken, würde sich von allen Friedensstörungen fernhalten. Wir denken nicht daran, eine einseitig deutsch-nationale Regierung zu fordern, sondern eine denbar weit nationale Einheitsfront. Wir wollen nicht den Feuerkampf in Europa entsachen, aber wir wollen auch einen und aufgewogenen Kampf durchlos besiegen. Wir wollen keine einseitig kapitalistische Vorherrschaft und wollen der Arbeiterschaft die ihr gebührende Stellung einräumen. Das jetzige parlamentarische System ist dem deutschen Volke nicht angemessen. Die von uns verlangte nationale Regierung wird aber auch nicht ganz ohne Parlament und Parteien regieren. Wir wollen eine Regierung, die das Vertrauen der nationalen Verbände und der nationalen Jugend hat. Die bayrische Frage ist eine deutsche Frage. Kahr hat wie Bismarck die Reichstreue über alles gestellt. (Gesichter links.) Wir müssen bei einem Regierungswechsel dafür sorgen, daß Männer dieser Art uns das neue Deutschland bringen.

Zwischenfall und Vertagung um eine Stunde.

Als nunmehr der Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort erhalten sollte, verlangte der Abg. Koenen (Komm.) das Wort zur Geschäftseröffnung. Der Präsident verweigerte das, und der Abg. Koenen rief: "Ich will dagegen protestieren, daß Polizei im Hause ist." Dieser Ruf rief große Erregung bei den Kommunisten hervor. Abg. Remmelt sang laut zu protestieren an und war durch die Ermahnungen des Präsidenten in seiner Weise zur Ruhe zu bringen. Er schlug heftig mit der Faust auf den Tisch und benahm sich derartig, daß der Präsident ihn unter Verweis auf die Geschäftsordnung von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausschloß. Da aber Abg. Koenen in der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht Folge leistete, sah sich der Präsident gezwungen, die Sitzung abzubrechen und die Weiterverhandlung auf eine Stunde später anzusetzen.

Die zweite Sitzung.

Nachdem der Präsident die Sitzung eröffnet hatte, erklärte er zunächst, warum er schon seit Monaten Kriminalpolizei in den Reichstag bestellt habe. Das sei darauf zurückzuführen, daß Drohungen gegen Mitglieder des Hauses und der Regierung ausgestossen worden seien, gegen die er Schutzmaßnahmen einzuleiten mußte.

Dann sprach der Kommunist Koenen zur Geschäftseröffnung, indem er diese Maßnahme des Präsidenten erneut scharf bekämpfte, während nach ihm der Sozialdemo-

nik nach oben zu reichen. Gerade darum galt es fast Blut wahren. Gelassen sprach er nach unten gegen das Publ.: "Alle Rechte fertig!"

Der Steuermann sprang von der Leiter auf den Stahlboden. Gleichmäßig wie die des Kommandanten gab seine Stimme zurück: "Erstes - zwotes Recht - fertig!"

Also war durch einen Druck Wasser eingeschlossen und die Ausschußpatrone mit Preßluft gefüllt. Der Kommandant konnte dem Wachoffizier sagen: "Ich versuche, zwischen dem ersten und zweiten Berstößen durchzukommen." Dann befahl er ins Sprachrohr: "Beide Maschinen elektrisch!" Das Räumen der Motorräder konnte verraten. Auch mußte das Boot jetzt laufen.

"Wie schähen Sie die Entfernung, Drieschner?" Der Oberleutnant hatte schon überlegt: "900 bis zum Berstößer, 1600 zu den Dampfern."

"1600 scheint mir zu weit, ich sage 1500 und - beide Maschinen große voraus!" Den Kopf über das Publ. beugend, rief er den Rudergänger an: Auf 350 Grad gehen."

Wulkin drehte sein Rad mit einem Schmunzeln. Er hatte nur den Kompass vor Augen, aber wußte, daß Wente wußte.

Im rechten Winkel ließ U. 444 auf den Gesetzzug zu. Klarer Handen schau die Silhouetten von Dampfern und Bewachern vor dem hellen Wollenschleier. Drevitz glaubte die Zeit zum Feuern gekommen: "Alles einsteigen bis auf den Wachoffizier!"

Mr. 1 und Kern kletterten ins Publ. U. 444 lief weiter. Leise sangen die Motoren.

"Drieschner steigen auch Sie ein!"

Voraus lag jetzt auf eine Entfernung von 900 Metern an Backbord der vorderste und an Steuerbord der zweite Berstößer. Nicht sie dachte Drevitz zu treffen. Gewiß hätten seine Schüsse dann ein hallendes Echo in den Tagesberichten geweckt. Doch ausgeschickt war er, um Tonnage zu vernichten, und wartete darum, bis ein Handelsdampfer, der dritte von der Spitze, in seine Bißlinie wanderte. Närher, näher, immer näher kam der Kasten dem erwünschten Punkt. Jetzt war er fast dort, und Drevitz rief mit langsamem Dehnen der Worte: "Erf - tes Noohr!"

Um zu sagen, daß er verstanden habe, wiederholte der Steuermann, der unter den Daumen auf einen Druckknopf legen mußte: "Erstes Mohr!" Da schnitt die Kufe des dritten Dampfers die Bißlinie. Nach vollendetem Drevitz das Kommando: "Los!"

Leicht wippte sein Boot beim Absprung des todkragenden Silberfisches.

"Steuerbord amensia!" rief er, um das Fahr-

rat Dittmann im Namen seiner Fraktion erklärte, daß sie dieses Vorgehen des Präsidenten Loebe in vollem Umfang billige.

Wie nunmehr der Reichskanzler das Wort ergreifen konnte, sah sich der Präsident zu der Feststellung genötigt, daß der vorher von ihm ausgewiesene kommunistische Abg. Remmelt sich noch immer im Saale aufhielt. Er forderte ihn erneut auf, das Haus zu verlassen, und als der Abg. Koenen in die Aufforderung erneut keine Folge leistete, schloß der Präsident die Sitzung und verließ die Weiterverhandlung auf Donnerstag an.

Inland und Ausland.

Eine Privatfrage gegen Ludendorff und v. Graefe. Kapitänleutnant Kautter hat gegen Ludendorff und den Abgeordneten v. Graefe Klage erhoben, weil dieser eine Darstellung "Die Wahrheit über München" unter Berufung auf Ludendorff als Gewährsmann im "Deutschen Tageblatt" veröffentlichte, die von Kautter als Entstellung und Ehrabschneiderei empfunden wird.

Die Rentenmark im alibesetzten Gebiet zugelassen. Wie die "Königliche Volkszeitung" aus völlig zuverlässiger Quelle erfahren haben will, hat die Rheinlandkommission beschlossen, die Rentenmark im alibesetzten Gebiet zugelassen. Der Umlauf der Rentenmark sei daher für dieses Gebiet genehmigt.

Hoovers Kreditplan für Deutschland. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Hoover nunmehr seinen Unterstützungsplan für Deutschland fertiggestellt. Danach wird Deutschland ein Kredit in Höhe von 173 500 000 Dollars zum Ankauft von Lebensmitteln in den Vereinigten Staaten gewährt werden.

Weibliche Kandidaten bei den englischen Wahlen. Bis jetzt sind 22 weibliche Kandidaten für die englischen Parlamentswahlen aufgestellt, darunter 4 konervative, 8 liberale, 9 von der Arbeiterpartei und 1 Unabhängige.

Eine amerikanische Schuldenmahnung an Frankreich. "Chicago Tribune" veröffentlicht eine Meldung aus Washington, wonach Senator Reed Smoot, der der Schuldenunderungskommission angehört, erklärt, die amerikanische Regierung werde demnächst mit Frankreich in Verbindung treten und vorschlagen, daß Frankreich entweder eine Kommission zur Regelung der Forderung seiner Schulden nach Amerika schicke oder öffentlich seinen Plan über die Rückzahlung seiner Schulden vorlege.

Ein neues Drama auf Peckow.

In der Peckower Först bei Werder hat sich im Dunkel der Abendstunden des Montags abermals ein Drama abgespielt, bei dem diesmal der junge Herr v. Raehne eine Rolle spielt und das in seinen Einzelheiten noch nicht geklärt ist und über das uns vorläufig folgende Berichte vorliegen.

Der junge Karl von Raehne, der, trotzdem er mit seinem Vater in Ferienfuis lebt, von diesem als Förster angestellt ist, traf bald nach 9 Uhr auf einem Reviergang auf mehrere Arbeiter, die verbittertweise in der Peckower Först, dem Eigentum des Vaters Raehnes, Holz gesammelt.

Um 20 Grad nach Osten zu drehen. Schon wanderte der vierte Dampfer in die Bißlinie: "Zwotes Recht - zwos!" Dann aber sang Jubeln durch seine Stimme: "Alarm!" Er sprang ins Publ., rieb über sich den Deckel dicht und befahl: "Fluten - beide große voraus!"

Das letzte Wort zerriss der scharfe Schlag einer Detonation. Während U. 444 die Nase neigte, brüllten die Leute "Hurra!" und nochmals "Hurra" zu einem zweiten dumpfen Krachen. Beide Schüsse hatten getroffen. Drevitz sah auf das Manometer. Der Zeiger glitt auf 10. Wenn einer der Berstößer stinkt war, könnten seine Wasserbomben noch Schaden tun. Zwanzig Meter, las er und atmete freier. Dreißig! Er nahm die Mütze vom Kopf und trocknete die Stirn mit dem Handtuch. Die Spannung der Jagd hatte erhöht.

Eine Stunde lief er unter Wasser. Schaubenrauschen war nicht zu hören. Also wagte er sich auf Schrotflinte, aber nahm das Auge des Bootes schnell wieder unter die Wellen, als er Mondlicht glitzern sah. Sein Befehl zum Fluten kam nicht zu früh. Schon schlug an Steuerbord ein Riesenhammer donnernd auf den Meeressoden zu schlagen. Der Feind hatte ihn erfaßt und eine Bombe geworfen. Ob oben doch eine verräterische Delfspur zu sehen war?

Der Feind blieb ihm auf den Fersen, obwohl er in langamer Unterwasserfahrt häufig den Kurs wechselte. Erst als die kurze nordische Sommernacht dem Tage wich, hob er den Rüssel des Bootes und sah sich im feurigen Blendern der aufgehenden Sonne umhüllt. Eine Mahalla von wohl zwölf qualmenden Berstößern oder Bewachern schlug um ihn einen weiten Kreis. Der Wachoffizier hatte sich nicht getäuscht, als er die Delfspur sah. Doch heimfahren mußte U. 444! Drevitz erspähte eine breite Lücke zwischen zwei feindlichen Fahrzeugen. Dort dachte er den Kreis unter Wasser zu durchstoßen. Ein Weilchen war er in Fahrt und begann aufzukommen zu hoffen, als neues Donnerkrachen an Backbord dröhnte. Unter dem Schlag des Riesenhammers zitterte das Boot und sprang nach rechts wie ein getroffenes Tier. Erbissen schienen an seine Wand zu klatschen. Doch keins der Sprengsätze schlug durch den Stahl, und der Apparat zeigte U. 444 in steter Fahrt, bis achter noch lauterer, näherer Krachen donnerte. Wieder war das Boot nicht getroffen, aber hanges Schweigen hing drinnen. Das Surren der elektrischen Maschinen schien zitterndes Klagen.

(Fortsetzung folgt.)

Druckjahr für Gemeindebehörden und Carl Jahn.

Grüner Nasen, blaue Wellen.

(Fortsetzung.)

Als U. 444 die Nase nach Norden gedreht hatte, war der niedrige schwarze Schatten eines Fahrzeugs auf Werkfahrt zu sehen. Drevitz glaubte über Wasser bleiben zu können. Er hatte den Wind und die dunkle Wollensband im Rücken. Hinter dem Fremden aber hing der lichte Wollenschleier, durch den der Mond zu schinen war. Auch trieb der Südwind dem Ausguck des Fremden den Sprühregen in die Augen, wenn er den Kopf nach links zum U-Boot drehte.

Als der ferne Schatten allmählich wuchs, stieß er den Maat an: "Nr. 1, was denken Sie?"

Die Lippen des schiefen Mundes zuckten: "Au niedrig für einen Dampfer. Kann Berstößer sein, Herr Kapitänleutnant?"

"Glaube ich auch!" Er dachte auf gleichen Kurs wie der Feind zu gehen und tief leise Befehle ins Sprachrohr. Die Sprache saut zum Flüstern, obwohl stilten noch niemand hören konnte.

Auch U. 444 lag auf Werkfahrt, als Drieschner wieder den Beifinger hob: "Und dem Berstößer folgt ein zweiter!"

Drevitz sah lange durch das Glas, ehe er bestätigen konnte: "Sie haben recht, aber mir scheint der zweite ein Bewacher! Seht mal alle scharf hin!"

Das hatte er wieder laut gerufen und kaum ein Fröhkönnen in der Stimme bezeugt. Eine Ahnung sagte ihm, daß er einen Geleitzug vor sich habe. Den Atem verhaltend, fühlte er, daß seine Muskeln sich spannten wie auf der Jagd im heimischen Wald. Jetzt zitterten die Finger, als er wieder das Glas hob. Da lugte der Mond durch ein Wollensfenster, und hell glitzerte die blonde See. Er sah den schon erspähten Fahrzeugen ein drittes folgen. Nur stiehen der vor ihm nach Westen dampfenden Stelllinie lag eine gleichlaufende von acht Dampfern und noch ferner eine dritte auf dem Wasser. Auch dort qualmten die Schloten von Berstöfern oder Bewachern, die also die alte Dampfer esortierten. Verflucht nur, daß er nicht an den Mond gedacht hatte!

Doch nur für Sekunden erhellt das bald von Begleitern durchschluchte Licht die See. Die Befahrt, gesehen zu werden, war vorüber, ehe er im Feuer der Jagd laut dröhnte: "Auf Tauchstationen!"

Stiefelsohlen schurten unten auf Stahl. Bei ihm auf der Brücke blieben Drieschner, Nr. 1 und Major Kern. Von der Leiter zum Turm schaute der Steuermann hinauf. Drevitz winkte mit der Hand, als molierte er zur Ruhe mahnen, denn auch sein Herz schien schneller zu schlagen. Im heißen Kopf glühte Hoffnung. In seiner Brust war die Furcht der Meute-

mehr hatten und dieses gerade abschüren. Er trat auf die Leute zu, um ihre Namen festzustellen. Dabei kam es zwischen ihm und diesen zu einem Streit, der rasch in einen Kampf ausartete, in dessen Verlauf die Holzsammler mit Beilen und Stöcken auf den jungen Käthe losgingen, so dass dieser in der Notwehr seine Pistole zog und die Arbeiter Körner und Kiehler, beide aus Glindow, durch Schüsse niederrückte. Nach Angaben v. Käthe soll es sich um 8 bis 8 Männer gehandelt haben.

Berliner Börse vom Dienstag.

Mit dem heutigen Tage ist am Devisenmarkt der Bann gebrochen, der seit vielen Tagen auf den Gemeinen lastete. Was bisher als Gerücht umher schwirrte, ist heute zur Tat geworden: Der Dollar wurde amtlich auf 4,2 Billionen Mark festgesetzt, was einer Goldmarkparität von einer Billion Mark entspricht. Ob mit diesem Kurs tatsächlich der Ausgabekurs für die Rentenmark geschaffen ist, wie befürchtigt war, ist jedoch zweifelhaft, denn die Angliederung an die ausländischen Börsennotierungen für die Mark ist wiederum in Frage gestellt, da aus London an Stelle der bisherigen zwanzig Billionen Mark für ein Pfund heute in den Morgenstunden 32 Billionen und aus Köln über 40 Billionen gemeldet wurde. Da die Reichsbank heute die Ausgabe der Rentenmark eingestellt, war die Nachfrage nach wertbeständigen Zahlungsmitteln, namentlich für die Goldanleihe, äußerst stark.

Amtliche Devisennotierung.

Kurse in Millionen Mark:

	20. 11.	19. 11.		
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 1 Gulden	1500 000	1567 910	952 618	957 387
Brüssel 1 Fr.	189 525	190 475	118 715	114 285
Kopenhagen 1 Kr.	718 200	721 800	484 910	437 090
Stockholm 1 Kr.	1007 250	1102 750	674 810	677 890
Christiania 1 Kr.	608 475	611 525	869 075	870 925
Helsingfors 1 Kr.	111 720	112 280	67 830	68 170
London 1 Pf.	17955 000	18045 000	10972 500	11027 500
New York 1 Doll.	4 189 500	4 210 500	2 518 700	2 528 800
Zürich 1 Fr.	722 190	725 810	444 885	447 115
Paris 1 Fr.	223 440	224 580	181 670	182 830
Rom 1 Lira	170 550	180 450	107 780	108 270
Prag 1 Kr.	121 695	123 805	78 815	74 185
Wien 1000 Kr.	58 658	58 947	85 910	86 900
Budapest 1000 Kr.	217 455	218 545	189 650	140 856
Madrid 1 Peso	542 640	545 300	329 175	380 825

Wie stehen die Preise?

Dollar amtlich (20. 11.)	4,2 Billionen
1 Goldmark	1 Billion
5 Goldpfennig	50 Milliarden
1 Berliner Roggen	9,25 Goldmark
Reichsratszahl (12. 11.)	2185 Milliarden (Steigerung gegen Vorwoche 121,8 %)
Großhandelsindex (13. 11.)	265,5 Milliarden (Steigerung gegen Vorwoche 106 %)
Silberausfuhrpreis	290-milliardenfache des Rennwertes
Anzeigenaufschluss	800 Millionen
Goldumrechnungskurs für Steuer und Einzelhandel 600 Milliarden.	

Einbruch in das Duisburger Museum. Einbrecher haben in den letzten Tagen das Duisburger Museum in dem von Separatisten besetzten Rathause heimge sucht und die Münzjamalung, zum Teil unerhebliche Werte, gestohlen. Es sind insgesamt 8 Münzschatzfächer erbrochen und ihres Inhaltes beraubt worden. Außerdem wurde eine wertvolle Sammlung alter Taschenuhren und eine Bronzefigur gestohlen. Die mit der Verfolgung der Angelegenheit betrauten deutschen Kriminalpolizisten nahmen 5 Männer und eine Frauensperson fest, bei denen man annähernd 300 Stück der gestohlenen Münzen fand. Ein gewisser Mohren, der flüchtig ist, scheint im Besitz der übrigen Diebesgutes zu sein. Die Einbrecher standen sämtlich im Dienst der noch im Rathause hausenden Separatisten. Bei den meisten der Genannten handelt es sich um vorbestrafte Personen.

Strandgut. An der Westküste von Dessel wurden Schiffsplanken, Warenkisten und 17 Leichen an gespült, die zum Teil mit Wunden bedeckt sind. Es wird angenommen, dass der Hamburger Dampfer "Kronos", unterwegs von Stettin nach Petersburg, auf eine Mine gestoßen und untergegangen ist.

Sächsisches.

Aus einem verschlossenen Keller in Dorfhain wurden mindestens 30 Rentner Portofächer entwendet. Die Preisprüfungsstelle Dresden schreibt: Immer häufiger werden die Klagen, dass Geschäftshaber Waren nur gegen wertbeständige Zahlungsmittel abgeben. Es wird darauf hingewiesen, dass die Verweigerung der Abgabe von Waren gegen Reichspapiermark ungültig ist und die schwersten Strafen noch sich giebt. Des weiteren ist zu beobachten, dass ein fortgeschrittenes Steigen der Grundpreise in Goldmark stattfindet, das ebenfalls ungültig ist. Bei Zu widerhandlungen wird auch hier gegen die Beschuldigten unnachlässlich eingehalten werden.

Zu weiteren Auftritten kam es in Zittau vor dem "Dürer-Haus". Weil es kein Bäcker, S. ist Burkhardt, einem jungen Burckhardt, der Lebhafte Burkhardt beim Kohlendienst und bestätigte, eine Urheberrechte vertrat, sei eine Note von jugendlichen Rädels über Burkhardt her, solle pate ihn auf die Straße und in Handel ihn so schwer, dass er bald bestimmt zusammenbricht. Er dann seien die Angreifer von ihrem Opfer ab, als Polizei auf dem Platz erschien.

Vom Dresdner Polizeipräsidium wurde auf Veranlassung des Militärbeobachters eine für Sonntag vom Landtag abgeordneten Paul Böttcher angeholt. Die Sammlung in Dresden verboten. Böttcher wollte über das gesamtschwarze Thema sprechen: "Röntgen Hitler, Seest und Bellisch Arbeit, Lohn und Brot bringen?"

Die Nachrichten in der Staatsanwaltschaft schreibt: "Z. der von Reichswehrsoldaten in Zoll in Reichskanzlei verhafteten Verhaftung des Stadt- und Landeshauptmanns Hirsch wird uns berichtet: Hirsch nahm an, dass die beiden in Zoll auftretenden Reichswehrsoldaten tatsächlich Soldaten seien und dies deshalb Polizei zu seiner Hilfe herbei. Die Polizei kam und, da sie ebenfalls Verdacht schöppte, dass es sich um einen Willkür von Zivilpersonen handelte, und

überschies bei den beiden Waffen gewarnte, verachtete sie, sie zu entwaffnen. Hierbei entfuhr ihm eine Pistole, der Schuh drang dem einen der beiden als Zivilisten verkleideten Soldaten in die Brust und verletzte ihn schwer. Der andere verlor zu entfliehen, wurde aber festgenommen. Bald erschien ein Aufsatz von 10 Reichswehrsoldaten und verhaftete außer Hirsch auch den Gewerkschaftssekretär Erler und die Arbeiter August und Rahl. Wie geht es Hinblick auf die jetzt geradezu hoffnungslos Unzufriedenheit der Nachkriegsstadt der Staatsanwaltschaft die Wehrmachtmeldung mit allem Vorbehalt wieder.

Wie der "Kohleninteressen" meldet, haben die tschechischen Staatsbahnen 1000 deutsche Kohlenwagen gemietet, um den Rohstoffverkehr im Inland besser bewältigen zu können.

Das Volksbildungsaamt der Stadt Leipzig hat eine Schule für Erwerbslose eingerichtet und veranstaltet verschiedene Kurse, die fortlaufend gedacht sind und an denen jeder Arbeitslose teilnehmen kann. Sie sind vollständig kostenlos. Es wird feinerlei besondere Vorbildung vorausgesetzt. Keine Anmeldung vorher. Eintritt jederzeit. Der Unterricht soll in 3 Gebiete zerfallen: Fach-Vorbildung, Wissensbildung; Deutsch, Rechnen, Algebra, Geometrie, Fremdsprachen, Naturlehre, Wissenschaftsbildung: Nach Art der Volks hochschule.

Rößgenroda hat zurzeit 1100 Erwerbslose und 2000 Kurzarbeiter. 50 Schulkinder erhalten täglich Frühstücksmahlzeiten durch ungenannte Spender.

Großschönau hat zurzeit 1100 Erwerbslose und 2000 Kurzarbeiter. 50 Schulkinder erhalten täglich Frühstücksmahlzeiten durch ungenannte Spender.

Meerane. Die schreckbare Not der Erwerbslosen führte in der vorher Woche hier zu Plünderungen und beim Einschreiten der Polizei zu schweren Zusammenstößen mit dieser. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor. Die Polizei suchte die Verhafteten zu befreien. Um dies zu verhindern, ging die Polizei mit Schüttelpatrullen ein und zerstörte die Waffe. Diese aber versammelte sich wieder in einem Hof, zog später zum Marktplatz und entzündete eine Kommission, die die Freilassung der Verhafteten forderte. Als dies abgelehnt wurde, kam es zu weiteren lebhaften Auseinandissen. Die Polizei schickte abermals ein und trieb die Leute auseinander. Bei diesen Vorgängen wurden nochmals zwei Personen festgenommen. Abends ließ man die Verhafteten wieder frei.

Auf Teutau-Schönberger Flur wurde am Montag vom Jagdpächter der Bauernpolizei lange von Meerane angeblich in der Notwehr erschossen. Einer seiner Begleiter wurde schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

Die Dresdner Volkszeitung verboten.

Dresden. Wegen des Artikels „Das besetzte Sachsen“ ist die „Dresdner Volkszeitung“ vom Wehrkreiskommando auf die Dauer von 10 Tagen verboten.

Die Micum bleibt fest.

Paris. Gegenüber den Meldungen, wonach die deutsche Schwerindustrie die Besprechungen mit der Micum wieder aufnehmen will, verlautet, dass die Micum von ihren Forderungen nicht abgenommen werde.

Eine neue deutsche Note.

Berlin. Die deutsche Regierung hat der Botschafterkonferenz eine Note überreichen lassen, in der sie die zwischen den Okkupationstruppen und der chemischen Industrie getroffenen Vereinbarungen zur Kenntnis bringt und Mitteilung vom Scheitern der zwischen der Micum und der rheinisch-westfälischen Industrie geführten Verhandlungen macht.

Börse.

Berlin. Für den heutigen Tag besteht aller Wahrscheinlichkeit nach keine weitere Erhöhung der Devisenkurse, da sich die deutsche Notierung den auswärtigen Kurien mit einer Parität von 5 Billionen nahezu angepasst hat. Man scheint bestrebt zu sein, die deutsche Notierung den Notierungen auswärtiger Plätze gleichzubringen, jedoch mit weiteren Schwankungen für die Zukunft zu rechnen ist.

Ein Nachspiel zur Kronprinzen-Abreise.

Aus dem Haag. Die Kommission für ausländige Angelegenheiten tritt morgen zusammen, um auf Veranlassung der Sozialdemokraten vom Außenminister Aufschluss über die Abreise des ehemaligen deutschen Kronprinzen zu fordern.

Amerika fordert die baldige Regelung der alliierten Schulden am Amerika.

Paris, 22. November. Aus London wird gemeldet, dass die amerikanische Regierung an die alliierten Regierungen ein Schreiben richten werde, in welchem diese zu Besprechungen eingeladen werden, um eine baldige Regelung der alliierten Schulden an Amerika herbeizuführen. Die Note besagt, dass die amerikanische Regierung in dieser Angelegenheit eine Regelung herbeiführen möchte, bevor der amerikanische Kongress dazu auffordert werden würde.

Die Resultate der gestrigen Botschafterkonferenz.

Paris, 22. November. In der gestrigen Botschafterkonferenz wurde zwischen den Alliierten vollkommen Übereinstimmung erzielt. Die offiziellen Pariser Kreise sind über das Resultat der Konferenz überaus zufrieden, umso mehr als dadurch die Aufrechterhaltung der Entente ermöglicht wird. Es wurde an Deutschland eine gemeinsame Note gerichtet, die folgendem Inhalt lautet:

Durch die Note des Herrn von Höhne vom 10. November 1923 hat die deutsche Regierung auf die am 9. d. M. gestellte Frage die Botschafterkonferenz wissen lassen, dass sie den deutschen Vertretern in Holland ermächtigt hat, dem ehemaligen Kronprinzen die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu erteilen. Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von dieser Erklärung. Die alliierten Regierungen haben weiterhin von dem Schreiben Kenntnis genommen, das am 18. November der deutsche Geschäftsträger in Paris dem Direktor des Auswärtigen Amtes zum Zwecke der Übermittlung an den französischen Ministerpräsidenten unterbreitet hat. Die alliierten Regierungen nehmen Kenntnis von den Erklärungen, die dieses Dokument sowohl bezüglich der Verzichtserklärung des früheren Kronprinzen auf seine Rechte auf die preußische und kaiserliche Krone, als auch bezüglich der offiziellen Verpflichtung der Regierung enthält, dem Kaiser die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu verweigern. Sie stellen fest, dass die deutsche Regierung, indem sie der französischen Regierung den Text der Verzichtserklärung, die der Kronprinz am 1. Dezember 1918 unterzeichnet hat, übermittelte habe, dadurch diese anerkannt und deren Verleugnung nicht zulassen wird. Zugleich stellen die alliierten Regierungen fest, dass die deutsche Regierung, um sich die Verpflichtungen, die der Friedensvertrag bezüglich der Nihilistkontrollen ihr auferlegt, zu entziehen, die Schwierigkeiten der inneren Lage angab, und doch in voller Kenntnis dieser Sachlage die Rückkehr des Kronprinzen gestattet hat, obgleich es ihr bekannt sein muhte, dass dessen Anwesenheit auf deutschem Gebiete die Deutschen ernste Schwierigkeiten sowohl bezüglich der inneren als auch der äußeren Lage zur Folge haben muss. Unter diesen Verhältnissen sehen sich die alliierten Regierungen gezwungen, der deutschen Regierung zu erklären, dass sie diese für alle Folgen, die aus dem Aufenthalt des Kronprinzen in Deutschland erwachsen können, voll und ganz verantwortlich macht. Sie glauben die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Gefahr lenken zu müssen, welche eine derartige Situation mit sich führen könnte und die gegebenenfalls die alliierten Regierungen dazu veranlassen werden, gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen.

Die Reichsbankziffern am 10. 11. 23.

Berlin. Die Reichsbankziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des statistischen Reichsamtes für Montag den 10. 11. auf das 831-milliardenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (218,5) beträgt demnach 280,3 v. h.

Dr. Schacht Reichsbankpräsident.

Berlin, 20 November. Wie der Deutsche Handelsdienst erfasst, ist bestädtigt, dass Währungskommissar Dr. Schacht zum Reichsbankpräsidenten zu berufen.

Das Wahlrecht in Bulgarien.

Sofia, 20 November. In Bulgarien sind die Parlamentswahlen vor sich gegangen und überall in vollkommener Ruhe und Ordnung verlaufen. Nach den ersten bekannten Ergebnissen hat die Regierungsvorwahl ungefähr 185 von 247 Sitzen erhalten. In der übrig in Mandate eilen sich die Nationalberen eines, die Kommunisten und Agrarier und Kommunisten anderseits. Die Kommunisten und Agrarier hatten eine gemeinsame Liste aufgestellt.

Sport und Spiel.

Aufball. Am gestrigen Donnerstag traf Sportverein "Dippoldiswalde" 1. Mannschaft hier ein, um sich im Gesellschaftsspiel mit der 1. Mannschaft vom "VfB" zu messen. 142 Uhr trafen beide Mannschaften mit ihren besten Kräften an. Aufsperrend wurde von beiden Seiten gespielt, besonders strengten sich in der ersten Halbzeit die "VfB"-er an. Ihnen blieb auch der Lohn nicht aus, denn ein sauber geschossenes Tor brachte den ersten Erfolg.

Technisch war der Dresdner Gast doch den Dippoldiswalder etwas überlegen, denn durch gute Kombination bedrängten sie öfter das Dippoldiswalder Tor und konnten auch dadurch die ihnen zugesetzte Wunde doppelt den Gegner befügen. — 2 Tore folgten — Halbzeit 2:1 für Dresden. Trotzdem nun die Gäste in Führung waren, verloren die Schwarz-Weissen nicht den Mut. Mit ganzer Kraft wollten sie die Scharte wieder ausweichen. Doch vergebens. Konnten sie auch noch einen Torenfolge buchen, so veranlassten sich die Dresdner mit zwei weiteren Toren. Endergebnis 4:2. War auch die Bodenbeschaffenheit des Spielfeldes nicht so günstig, so wurde doch immerhin ein sehr interessantes Spiel ausgetragen.

Kirchensteuer 1923 betr.

Die unter dem 10. ds. Wts. ergangene Auflösung zur Zahlung einer Kirchensteuer auf das Rechnungsjahr 1923 wird dahingehend abgeändert, dass statt des 11-milliardenfachen das 300-Millionenfache der 1922er Steuer als vorläufige Kirchensteuer für das laufende Rechnungsjahr zu entrichten ist. Frühs bis ds. 30. ds. Wts.

Zu den bereits abgeflossenen Beiträgen ist Entlastung um Höhe des noch 29-fachen zu leisten. 1922er Steuerbescheid bzw. Quittung ist vorzulegen.

Dippoldiswalde, Dienstag, 20. November 1923. Der Stadtrat.

Zwangsinnung für das Tischlerhandwerk.

Durch